

Millionenstrafe gegen US-Bank

FACEBOOK-BÖRSENGANG sda. Im Zusammenhang mit den Pannen beim Facebook-Börsengang ist erstmals eine der Konsortialbanken zu einer Strafzahlung verdonnert worden. Die US-Grossbank Citigroup müsse wegen der unrechtmässigen Weitergabe vertraulicher Umsatzprognosen und Einschätzungen von Geschäftsrisiken im Vorfeld des Börsengangs zwei Millionen Dollar zahlen, teilte die Finanzaufsicht des Bundesstaates Massachusetts am Freitagabend mit. Den Finanz-Instituten, die den mit 16 Milliarden Dollar grössten Börsengang eines Technologiekonzerns begleiteten, sei es bis 40 Tage nach der Erstnotiz verboten gewesen, schriftlich über das weltgrösste soziale Online-Netzwerk zu berichten.

Es rollen Köpfe

Die Citigroup akzeptierte die Strafe und entliess wegen des Vorfalls ihren obersten Internetanalysten und einen seiner Mitarbeiter. Der Chefexperte hat der Bank zufolge seinen Untergebenen nicht ausreichend überwacht, der Analysen an einen Technologie-Blog weitergab. Die Behörde untersucht auch das Verhalten der Konsortialbanken Morgan Stanley, Goldman Sachs und JP Morgan. Dabei steht auch die umstrittene Senkung von Geschäftsprognosen durch Banken kurz vor dem Börsengang im Mittelpunkt, die nur an einen ausgewählten Kundenkreis gegangen sein soll.

Die Facebook-Aktie war nach ihrer mit grosser Euphorie erwarteten Erstnotiz schon bald wegen aufkommender Zweifel an den Geschäftsaussichten abgestürzt.

Es droht ein Verlust von 10 Prozent

Eine lebenswürdige ältere Frau hat mir kürzlich ihr Depot, das sie bei einer renommierten Bank hält, zur Analyse anvertraut. Sie sei eine sicherheitsorientierte Anlegerin, ergänzte sie. Das fiel mir sofort auf. Etwas mehr als 10 Prozent waren in Aktien angelegt, der Rest in Obligatio-

nen – alles in Schweizer Franken. Damit hat sie in der Vergangenheit gute Renditen erzielt, aber wird sie das auch noch in Zukunft tun?

Die lockere Geldpolitik hat fatale Nebenwirkungen. Wer auf sogenannten sicheren Obligationenbeständen sitzt, kann in den kommenden Jahren ausnahmslos nur noch Verluste erleiden. Das wissen gerade auch Banken mit einer konservativen Anlegerschaft. Dennoch werden heute kaum weder die Kundinnen und Kunden auf diesen zentralen Sachverhalt aufmerksam gemacht, noch werden ihnen passende Lösungen präsentiert. Ist das nicht ein Skandal, wenn man aus lauter Bequemlichkeit oder gar auch aus unläuterer Gründen nichts macht?

Im Depot waren ausnahmslos Obligationen wie jene der Pfandbriefbank, die zu 2,0 Prozent verzinst und im Jahr 2016 zu 100 Prozent zurückbezahlt werden. Derzeit könnte die Obligation zu 106,4 Prozent veräussert werden. Behielte man sie bis zum Verfall, würde man

gerade noch eine Rendite von 0,2 Prozent erzielen – vor allen Vermögensverwaltungskosten und Depotgebühren. Berücksichtigt man, dass die Frau den jährlichen Coupon von 2,0 Prozent versteuern muss, bleibt unter dem Strich ein Verlust von insgesamt mindestens drei Prozent in wenigen Jahren. Bezogen auf ihre 100 000 Franken Depotwerte, sind das immerhin mindestens 4500 Franken nominaler Verlust. Ist in den kommenden vier Jahren noch

und realen Wertverluste, die auf die konservativen Anlegerinnen und Anleger (auch konservative Pensionskassen!) in den kommenden Jahren zu kommen werden, sich vor Augen führt, sollte sich schleunigst wirklich gut beraten lassen. Das liegt in der Verantwortung des Investors, sofern die Aufgabe des Investierens und Überwachens der Investitionen nicht im Rahmen eines Vermögensverwaltungsmandats einem Spezialisten übertragen worden ist.

Eine Verantwortung hat aber auch der Finanzdienstleister: Soll die Lebenswürdigkeit missbraucht werden, indem die Kundin von der Bank nicht kontaktiert wird? Ich bin fest davon überzeugt, dass sich das Nicht-Beraten von solchen Kundinnen und Kunden zunehmend zu einem strategischen Fehler entwickeln wird. Wer jetzt seinen Vermögensausweis betrachtet und als sicherheitsorientierte Person in wenigen Jahren 10 Prozent oder mehr verloren haben wird, wird sich zwingend fragen müssen, wofür man im Kern Gebühren entrichten soll. Professionelle Beratung und aktive Vermögensverwaltung – hierin liegt das Potenzial der wirklich kundenzentrierten Geschäftsmodelle. Alle anderen haben nicht wirklich eine Existenzberechtigung, ausser sie werden von staatlicher Seite gestützt.

AUSSICHTEN

eine Teuerungsrate von moderaten 1 Prozent pro Jahr zu verzeichnen, erfährt die Frau einen realen Wertverlust von geschätzten 8500 Franken. Dabei erzählt ihr keine Bank, dass die Teuerung nur einen Indikator für die durchschnittliche Konsumentenpreis-Verteuerung darstellt.

Gerade für ältere Leute werden wir annehmen müssen, dass sich deren Güterkorb an Produkten und Dienstleistungen in den nächsten Jahren deutlich stärker verteuern dürfte – darin spielen Bahnpreise, Krankenkassen-Zusatzversicherungsprämien, Spitex-Leistungen und vieles andere eine derartige Rolle, dass ältere Leute oftmals eine deutlich höhere Verteuerung ihres Lebensunterhalts erfahren. Wenn wir das auf immer noch moderate 2 Prozent pro Jahr schätzen, dann liegt der reale Wertverlust für die ältere Frau schon bei geschätzten 12 500 Franken. Wir sind somit vom realen Werterhalt schon weit entfernt!

Das ist kein Einzelfall, im Gegenteil. Wer die Dimensionen der nominalen

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

► Maurice Pedernana (47) ist Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). Der vorliegende Beitrag basiert auf einer tatsächlichen Depotanalyse. ◀



Hohe Auszeichnung für Globetrotter-Chef

ZÜRICH André Lüthi und drei weitere CEOs sind Unternehmer des Jahres. Bei der Verleihung gab es eine Premiere.

sda. Die Beratungsfirma Ernst & Young hat am Freitagabend an einer Gala in Zürich ihre vier Unternehmer des Jahres ausgezeichnet. Erstmals wurde ein Familienunternehmer geehrt. Die Preise wurden vor rund 360 Gästen verliehen.

In der Kategorie Dienstleistungen ging der Unternehmerpreis an André Lüthi, den Chef und Verwaltungsratspräsidenten des Reiseunternehmens Globetrotter. Die Gruppe beschäftigt heute ohne die Reiseleiter rund 400 Personen und ist die Nummer vier im Schweizer Reisemarkt.

In der Sparte Industrie zeichnete Ernst & Young Riccardo Braglia aus. Dieser ist Chef der Helsinn Holding, eines Tessiner Pharmaunternehmens.

Alexander Illic wurde als aufstrebender Unternehmer des Jahres geehrt. Er ist

Gründer, Chef und Verwaltungsratspräsident der Software-Entwicklungsfirma Dacuda. Sie schaffte es, die Einschränkungen von Scannern zu überwinden. Die Technologie findet etwa in der Scan-Maus des Elektronikriesen LG weltweit Verwendung.

Viele Juroren aus unserer Region

Der Preis für Familienunternehmer ging an Claude Cornaz von dem Unternehmen Vetropack. Er steuert in vierter Generation den Verpackungskonzern mit mittlerweile rund 3000 Beschäftigten. Alle Kandidaten wurden von einer unabhängigen Jury bewertet. Knapp die Hälfte der Jury stammt aus der Zentralschweiz.

Zu den Juroren aus unserer Region zählten neben Bernhard Alpstaeg, Patron der Swisspor Management AG in Steinhausen & Entrepreneur Of The Year 2007, auch Brigitte Breisacher, CEO der Alpach Holding AG, Corinne Fischer, Präsidentin des Verwaltungsrates des Weinhändlers Bataillard & Cie AG in Rothenburg, und Paul J. Hälgi, CEO der Dätwyler Holding AG in Altdorf.

ANZEIGE



Und irgendwann wird es Zeit für das Private Banking der LUKB

Mit dem Erfolg stellen sich neue Bedürfnisse ein – auch in Vermögensfragen. Dann wird es Zeit für eine Bank, die sich Zeit nimmt und zuhört. Eine Bank, die Sie begleitet und gemeinsam mit Ihnen den langfristigen Erfolg anstrebt. Eine Bank, die gradlinig, zuverlässig und unkompliziert ist. Sie ist ganz in Ihrer Nähe.

www.lukb.ch/privatebanking

EU-Hilfszahlungen an Bankia rücken näher

EUROKRISE Die spanischen Banken brauchen 60 Milliarden Euro. Die Bankia meldet erneut Milliardenverluste.

sda. Hohe Rückstellungen wegen fauler Kredite haben die verstaatlichte spanische Bankia tief in die roten Zahlen gedrückt. Das Institut wies am Freitagabend für die ersten neun Monate des Jahres einen Verlust von 7,05 Milliarden Euro aus.

Die Kernkapitalquote sei auf 4,7 Prozent gesunken. Um Vermögensverluste abzudecken, hat die Bank fast 11,5 Milliarden Euro an Rückstellungen verbucht. Die viertgrösste Bank Spaniens dürfte in Kürze die erste Tranche aus einem 100 Milliarden Euro schweren europäischen Fonds für spanische Banken bekommen.

Gemäss einem am Freitag veröffentlichten Stresstest brauchen 7 Banken des klammen Eurorandes Spanien fast 60 Milliarden Euro frisches Kapital, um für neues Ungemach in der heimischen Wirtschaft gerüstet zu sein.

Meme Bank

Luzerner Kantonbank
Private Banking